



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 107. Ratssitzung vom 11. September 2024

3657. 2024/72

Weisung vom 06.03.2024:

Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen betreffend Einplanung eines sogenannten «Grünkredits» bei städtischen Neubauten, Erweiterungen und Instandsetzungen für ökologisch wertvolle Umgebungsplanungen, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht zum Vorstoss GR Nr. 2019/332, Einplanung eines sogenannten «Grünkredits» bei städtischen Neubauten, Erweiterungen und Instandsetzungen für ökologisch wertvolle Umgebungsplanungen, wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion (GR Nr. 2019/332) der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen vom 10. Juli 2019 betreffend Einplanung eines sogenannten «Grünkredits» bei städtischen Neubauten, Erweiterungen und Instandsetzungen für ökologisch wertvolle Umgebungsplanungen wird als erledigt abgeschlossen.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Nicolas Cavalli (GLP): Bei der Forderung orientierten sich SP, Grüne und GLP am Prinzip von «Kunst und Bau». Die Weisung haben wir in der Kommission nur zweimal beraten; es ist ein kurzer Bericht. Der Stadtrat begrüsst die Stossrichtung, mehr Grün- und Wasserflächen auf dem Stadtgebiet und bessere Massnahmen für die Hitzeminderung und Steigerung der Biodiversität zu schaffen. Er hält aber fest, dass die Forderungen auch ohne diese Motion mit diversen Massnahmen sichergestellt werden können und führt diese auf. Das Programm 3 aus dem indirekten Gegenvorschlag der «Stadtgrün-Initiative» zielt auf hitzemindernde Massnahmen bei städtischen Liegenschaften ab. Mit dem Programm 4, «Forschungs- und Pilotprojekte», sollen Erkenntnisse gewonnen werden, die im Bereich der Gebäudebegrünung einfließen werden. Mit der «Umsetzungsstrategie Hitzeminderung und Stadtbäume 2022–2029» sollen Flächen verschattet, entsiegelt und begrünt werden. Zudem verweist der Stadtrat auf die Kapitel «Entwicklung Stadtnatur» und «Umweltverträgliche räumliche Entwicklung» im kommunalem Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen (SLöBA). Zur Hitzeminderung und Biodiversität verweist der Stadtrat auf die gesamtstädtischen Strategien und dort vor allem auf die Umweltziele «Vernetzte Stadtnatur» und «Gesundes



städtisches Umfeld». Auf Fachebene verweist der Stadtrat auf Strategien und Instrumente in verschiedenen Dienstabteilungen: dem Amt für Hochbauten (AHB), Immobilien Stadt Zürich (IMMO), Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ), Grün Stadt Zürich (GSZ) und im Tiefbauamt (TAZ). Dazu gehören die «Meilenschritte 23» bezüglich umweltgerechten und effizienten Bauens; das Nachrüsten von Grün- und Freiräumen mit dem besten Kosten- und Nutzenverhältnis; Klimaanpassungen bei LSZ; Kompetenzaufbau bei GSZ sowie die Dachstrategie «Stadtraum und Mobilität» im TAZ. In der Weisung werden Umsetzungsbeispiele aufgeführt, die geplant sind oder realisiert wurden. Aufgrund dieser Massnahmen ist der Stadtrat der Auffassung, dass die Motion hinfällig sei. Er beantragt die Kenntnisnahme des Berichts und die Abschreibung der Motion. Die Mehrheit der Kommission beantragt die Ablehnung des Änderungsantrags der SVP zur ablehnenden Kenntnisnahme des Berichts. Einstimmigkeit herrscht bezüglich der Abschreibung der Motion. Alle und auch wir von der GLP haben uns mehr von der Weisung erhofft. Mit ihr wird aufgezeigt, welche Strategien es gibt und dass es eine grünere Stadt geben soll. Es wurden weniger Forderungen umgesetzt, als exemplarische Beispiele aufgezeigt. Das ist ernüchternd, aber rational verstehen wir das Argument des Stadtrats, dass die ökologischen Massnahmen im Unterschied zum Kunstkredit, der additiv ist, Teil des gesamten Projekts seien. Wenn man das gleich machen würde, müsste man das Projekt zuerst schlechter planen und dann den grünen Kredit ausweisen, was keinen Sinn ergibt. Politisch-emotional hätten wir uns mehr erhofft, dennoch stimmt die GLP zu.

Kommissionsminderheit:

Jean-Marc Jung (SVP): *Die Motion ist über fünf Jahre alt, viel geschah seither. Der Stadtrat schreibt denn auch, dass die Inhalte der Motion bereits umgesetzt wurden. In der Zwischenzeit nahmen die Stimmbürger einen Rahmenkredit von 130 Millionen Franken zur Verbesserung des Stadtklimas und für hitzemindernde Massnahmen inklusive Beratung und Consulting für Privatpersonen an. Die Zementierung der Begrünung geht munter weiter. Auf Fachebene werden fleissig städtische Umweltziele überinterpretiert und umgesetzt, beispielsweise mit dem Instrument «Meilenschritte 23» und verbindlichen Anforderungen für städtische Liegenschaften und stadtnahe Institutionen. Es ist nicht per se schlecht, wenn Wohngebiete grüner werden. Bei Industriegebieten haben wir keine solche Einsicht. Geschaffene Naturräume werden als soziale Begegnungsräume überbewertet. Oft fehlt es beispielsweise an einfachen Sitzbänken, wo man sich näherkommen könnte, ohne dass gleich Freundschaftsbänke platziert werden müssen. In der Weisung findet man in den Umsetzungsbeispielen viele Projekte. Sie haben es aber verpasst, bei die Kosten aufzuzeigen. Beispielsweise wurden die Flächen beim Garderoben- und Klubgebäude Höngerberg entsiegelt. War das nötig und was hat das gekostet? Dasselbe beim Schülerferienheim Les Arses in Charmey im Kanton Freiburg, war das nötig? Ein paar Beamte konnten sicher eine Aufklärungsreise dorthin machen. Kostenpunkt: unbekannt. Beim Quartierhof Wynegg im Kreis 8 ist eine Entsiegelung geplant, obwohl es dort bereits zur Genüge grünt und nichts gemacht werden müsste. Mir kommt es vor, wie wenn Sie keine besseren Ideen hätten. In der Weisung wird die um-*



fassende Guideline «Quickwins Hitzeminderung» des TAZ erwähnt. Das ist eine interessante Broschüre. Darin werden beispielsweise Verdunstungsmulden, also Pfützen bei unebenem Asphalt, mit Beispielen in Zürich und Biel erwähnt. Wollen Sie künstliche Mulden in den Böden kreieren, damit nach dem Regen Pfützen bleiben? Damit man später stolpert oder Kinder auf diesen Plätzen nicht mehr richtig Fussball spielen können? Was hat diese Studie gekostet? Wenn Sie bereits einen Auftrag vom Volk haben, 130 Millionen Franken in dieser Sache auszugeben, dann sollten Sie sich mehr Mühe geben. Dazu kommt, dass die Stadt bereits an sehr vielen Orten sehr grün und voller Bäume ist – es sind über eine Million Bäume. Bei noch mehr Grün sieht man die Stadt bald nicht mehr. Wenn es so weitergeht, wird es immer mehr Wurzeln geben, die Trottoirs, Strassen und das Mauerwerk von Häusern kaputt machen werden. Den Bericht nehmen wir ablehnend zur Kenntnis; die Motion schreiben wir gerne als erledigt ab.

Weitere Wortmeldungen:

Brigitte Fürer (Grüne): Es braucht kein neues Instrument wie den «Grünkredit». Es braucht aber, dass die in der Weisung aufgelisteten Instrumente und Fachplanungen tatsächlich Beachtung finden und in alle Bauprozesse einfließen. Das ist anspruchsvoll und es braucht weiterhin Hartnäckigkeit bei der Umsetzung. Eine ökologische, naturnahe Umgebung zu gestalten, ist eigentlich «State of the Art» oder sollte es zumindest sein. In Zürich sind wir leider noch nicht ganz so weit. Um das zu ändern, muss das AHB in Bezug auf ökologische und naturnahe Aussenräume eine Vorbildfunktion übernehmen. Die Stadt soll dem Aussenraum bei ihren Bauaufgaben einen höheren Stellenwert einräumen. Wichtig ist auch, dass Fach- und Aussenraumspezialist*innen frühzeitig bei Planungs- und Bauaufgaben dabei und in der Projektleitung oder -steuerung vertreten sind. Das gilt auch für Wettbewerbe. GSZ ist zwingend einzubeziehen. Es reicht nicht, wenn sie erst dann einbezogen werden, wenn die Planung eines Hochbaus bereits fertig ist. Sobald die Konkurrenz der Ansprüche im Aussenraum gross ist, kommen Bäume, Grün und ökologische Anliegen buchstäblich unter die Räder. Die unterschiedlichen Ansprüche und Funktionen sollen im Aussenraum Platz finden. Dazu gehören auch die von Jean-Marc Jung (SVP) erwähnten Retentionsmulden. Weiter gehören die Erschliessung, Parkierung, Entsorgungsanlagen und Feuerwehrezufahrten, Spiel- und Aufenthaltsflächen sowie Bäume dazu. Das alles braucht Platz und sollte sich nicht in die Quere kommen. Wenn nicht alle Ansprüche im Aussenraum von Anfang an berücksichtigt werden, dann gehören die Artenvielfalt und die Ökologie zu den Verliererinnen. Eine ökologische, naturnahe und klimaangepasste Umgebungsgestaltung, die den Bedürfnissen der Nutzenden entspricht, gehört zu den minimalen Qualitätsanforderungen an städtische Bauvorhaben. Auch ohne den «Grünkredit» ist die Stadt aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen und bei ihren Bauaufgaben vorbildlich vorzugehen.

Dr. Mathias Egloff (SP): Der Stadtrat machte nichts von dem, was in der Motion steht – und das ist gut so. Der Konstruktionsfehler beim «Grünkredit» war für mich immer die Anlehnung an das Prinzip von «Kunst und Bau». Das heisst, dass man ein Bauprojekt erst fertigstellt und danach etwas Grünes erstellt. Das bringt nicht wirklich etwas. Man



4 / 5

muss es anders machen. Vorgeschlagen wird, dass analog zu «Kunst und Bau» im Kostenvoranschlag 0,3–1,5 Prozent der Anlagekosten für eine ökologisch wertvolle Umgebungsplanung reserviert werden, um die ökologische Leistung des Bauwerks und seine Umweltverträglichkeit zu verbessern. Das muss nicht teuer sein. Es gibt das Beispiel der Flusseeeschwalbe, die bezüglich ihrer Nistmöglichkeit recht anspruchsvoll ist. Für uns war es aber absolut günstig: Wir mussten für das Kies auf dem Dach der Seepolizei nur grössere Kieselsteine verwenden und schon brütete eines der bedrohten Paare dort.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht zum Vorstoss GR Nr. 2019/332, Einplanung eines sogenannten «Grünkredits» bei städtischen Neubauten, Erweiterungen und Instandsetzungen für ökologisch wertvolle Umgebungsplanungen, wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Nicolas Cavalli (GLP); Dr. Mathias Egloff (SP), Präsidium; Flurin Capaul (FDP), Vizepräsidium; Marco Denoth (SP), Brigitte Fürer (Grüne), Leah Heuri (SP), Karen Hug (AL), Guy Krayenbühl (GLP) i. V. von Snezana Blickenstorfer (GLP), Jürg Rauser (Grüne), Stefan Reusser (EVP), Roger Suter (FDP)

Minderheit: Referat: Jean-Marc Jung (SVP); Reto Brüesch (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 29 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Referat: Nicolas Cavalli (GLP); Dr. Mathias Egloff (SP), Präsidium; Flurin Capaul (FDP), Vizepräsidium; Marco Denoth (SP), Brigitte Fürer (Grüne), Leah Heuri (SP), Karen Hug (AL), Guy Krayenbühl (GLP) i. V. von Snezana Blickenstorfer (GLP), Jürg Rauser (Grüne), Stefan Reusser (EVP), Roger Suter (FDP)

Minderheit: Referat: Jean-Marc Jung (SVP); Reto Brüesch (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



5 / 5

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Nicolas Cavalli (GLP); Dr. Mathias Egloff (SP), Präsidium; Flurin Capaul (FDP), Vizepräsidium; Reto Brüesch (SVP), Marco Denoth (SP), Brigitte Fürer (Grüne), Leah Heuri (SP), Karen Hug (AL), Jean-Marc Jung (SVP), Guy Krayenbühl (GLP) i. V. von Snezana Blickenstorfer (GLP), Jürg Rauser (Grüne), Stefan Reusser (EVP), Roger Suter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 101 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht zum Vorstoss GR Nr. 2019/332, Einplanung eines sogenannten «Grünkredits» bei städtischen Neubauten, Erweiterungen und Instandsetzungen für ökologisch wertvolle Umgebungsplanungen, wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion (GR Nr. 2019/332) der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen vom 10. Juli 2019 betreffend Einplanung eines sogenannten «Grünkredits» bei städtischen Neubauten, Erweiterungen und Instandsetzungen für ökologisch wertvolle Umgebungsplanungen wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 18. September 2024

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat